

Besitz-Gebühr
wiederholt für Dres-
den bei täglich zwei-
maliger Ausgabe von
Sons- und Montagen
nur einmal 2,50 M.,
nach ausserdem 30.
Montag bis 3,25 M.
Bei einmaliger Au-
gabe durch die Post
z. M. (oder Belegzettel).
Kunden: Deut-
sch-Ungarn 5,45 M.,
Schweiz 5,65 M.,
Italien 5,17 M.,
Rheinland nur mit
deutschsprachiger An-
gabe (Dresdner
Neck.) möglich. Un-
verlangte Abmahnungen
werden nicht anerkannt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liebsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen: Tarif.
Kontakt zur Anfahrt
bis zu 10 Minuten
2 Uhr, Sonnige
Witterung, von
11 bis 13 Uhr, Die
einsame Zeit (etwa
in Leipziger Zeiten
zu Leipziger 20 Uhr, bis
zweiundzwanzig Zeiten auf
Zeitende 10 Uhr, die
zweite Hälfte des
Tages, Samstags
Büroarbeiten aus Dresden
bis einspielt. Zeit
25 Uhr — Zu Kunden
nach Sonn- und
Feiertagen erhöht
Zurück — Auswärtige
Anträge nur gegen
Auslandsbestellung.
Zuden Belegblatt 10 Pf.

Diana-Bad Irisch-röm. Bad. **Bürgerwiese 22**
Einige Anlage dieser Art, gleichmässig ausstrahlende Wärme ohne Heizkörper, daher das empfehlenswerteste Schwitzbad.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-40.



Kunstausstellung Emil Richter
Prager Strasse.
: Künstlerbund Schlesien :
Theodor Schindler, Weimar.

Verlangen Sie überall nur
Radeberger Pilsner
aus der
Radeberger Exportbierbrauerei.

Grösste Auswahl von guten Miet-Instrumenten.
Gebrauchte Instrumente werden in Zahlung genommen.
Eigenes Magazin: Waisenhausstrasse 24.

Kauf - Tausch - Miete.

Rönisch Pianos.

Für eilige Leser

am Sonnabend morgen.

Die Erste Kammer erledigte gestern eine grössere Anzahl Staatskapitel und einige Eisenbahnanliegenheiten.

Das sachliche Amtskabinett gibt es den Gerichten in einer Verordnung von neuem anheim, zum Schaffen und Bewahren enden dienen auch Personen der unteren Stände heranzuziehen.

Kaiser Wilhelm empfing gestern auf der "Hohenwollern" den Grafen Franz Ferdinand und ging mit ihm bei Schloss Miramar an Land.

Der Reichstag besuchte sich gestern noch mit Petitionen und verlängerte sich dann bis zum 28. April.

Das preussische Abgeordnetenhaus verlängerte nach seiner gestrigen Sitzung bis zum 21. April.

Die Konvention der Flugschule und der Rennbahn aus dem Deutschen Luftfahrtverbande auszutreten.

Der Dampfer "Imperator" fuhr einen neuen deutschen Rekord auf, indem er die Strecke New York-Cherbourg in 55 Tagen zurücklegte.

Nach einem Vortrag des Berliner Stadtbaudirektors Stäbber in Paris sprach Senator Abbot seine Bewunderung für die deutsche Kultur aus.

Die französischen Militärfredite wurden gestern in ihrem ganzen Umfang von der Kammer mit 34 gegen 33 Stimmen bewilligt.

Die Zahl der Kranken im französischen Heere war im Januar grösser als seit langer Zeit.

Die französische Kammer wird voraussichtlich am Mittwoch die Ergebnisse der Rotkreuz-Untersuchung erörtern und am Donnerstag geschlossen werden.

Weiterausgabe der amt. jährl. Landeswetterwarte; Aufströmende Nordwestwinde; wolfig; fühl; zeitweise Niederschlag.

Römisches oder Parlaments-Heer?

Die beispiellosen Vorgänge in Irland mit der offenkundigen Meuterei und Auflehnung britischer Offiziere gegen das Kabinett und die Staatsgewalt verdienen auch bei uns ernste Aufmerksamkeit und rufen zu Vergleichen an über britische und deutsche Mannschaft und über die Kommandogewalt im allgemeinen. Mit Rücksicht auf die innerpolitischen Verhältnisse hier und dort lassen sich wertvolle Parallelen ziehen. Fürs erste ist es ja nun zwar richtig, dass bei der Bewertung der englischen Mannschaft das Wort Disziplin nicht im strengen Sinne ausgelegt werden darf. Der alteingesetzte Widerwillen des Engländer gegen jede Art von Zwang hat auch auf die Feindseligkeit des englischen Armeegesetzes einen gewissen Einfluss, aber anderseits darf man nicht vergessen, dass keine Armee ohne ein bestimmtes Maß von Mannschaft und Unterordnung auskommen kann. Vor allem muss man unbedingt verlangen, dass die Führer, die Offiziere, in allen Lagen und unter allen Umständen ihre Pflicht gegen die Regierung, den Staat und das Land erfüllen. Was soll man aber von einem Heer verlangen, dessen Offiziere das Signal zur allgemeinen Rebellion geben? „Es handelt sich hier“, schrieb in diesen Tagen selbst ein so erdemokratisches Organ wie die „Frankfurter Zeitung“, „um eine Stimmung in der Armee, die einer Regierung sehr zu denken geben muss. Wie kann sie noch mit sicher Hand agieren, wenn die Führer der Armeen ihr den Dienst versagen?“ Und das Allerbekannteste an diesen Vorgängen ist, dass die Regierung der Stimmung in der Armeen nachgegeben hat, denn tatsächlich hat sie, auch wenn sie jetzt alles mit einem Missverständnis zu entschuldigen sucht, einen Rückzug vor den Offizieren angetreten und damit so recht eigentlich die Rebellion noch ermutigt. Haltlos ist den Offizieren die Zufriedenheit gegeben worden, dass sie nicht gegen Ulster kämpfen sollen, und diese Zufriedenheit, die natürlich von dem Offizierkorps mit Jubel aufgenommen worden ist, kommt einer Niederlage der Regierung, auch einer parlamentarischen, gleich. Der Marineminister Churchill war, da er selbst fünf Jahre Husarenoffizier in einem irlandischen Kavallerie-Regiment war, der einzige, der die Verhältnisse aus eigener praktischer Erfahrung zu beurteilen wusste, der daher auch die unbedingte Aufrechterhaltung der Disziplin wünschte und die meuternden Offiziere ans strengste bestraft wissen wollte. Alle anderen, voran der laviertende Premierminister Asquith, aber selbst der schwäbische Kriegsminister Oberst Seely, unterwarfen sich töricht. Churchill unterlag, weil im Kabinett außer ihm kein Mann war, der mit gepanzerten Faust und elterner Energie die Rebellion niederauskräumen den Mut hatte. Man kann auch das Verhalten der britischen Offiziere nicht damit entschuldigen, dass sie für eine gute Sache zu kämpfen glaubten, für die Rechte der protestantischen Ulsterianer gegen die fanatischen katholischen Ir-

ischen Katholiken und Nationalisten, für die Reichseinheit und den britischen Nationalgedanken gegen die Selbstverwaltung, die Abspaltung eines wichtigen Reichsteils durch Homerule von der Zentralverwaltung in London. Die Armee hat, wenn sie zur Unterdrückung von inneren Unruhen, zur Herstellung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verwandt wird, nicht nach den Beweggründen zu fragen, die die Regierung bei der Kommandierung des Militärs leitet. Sie hat zu gehorchen und ihre Pflicht im Auslande so gut wie im Auslande zu erfüllen. Sie darf den Parteienschätzungen keinen Eingang in ihre Reihen gewähren und hat sich von jeder Politisierung fernzuhalten. Die englische Regierung hat die politische Spaltung im Offizierkorps neduldet, sie hat ihr eine gewisse Berechtigung durch die Zurücknahme ihrer Orders zugeschanden und hat damit vor der Armee kapituliert. Die Frage mußte in den letzten Tagen dahin gestellt werden: Armee oder Parlament? In diesem Wettkampf oder, wenn man will, in diesem Kompetenzkonsil bat die Armee abgesehen. Das Parlament als der eigentliche Träger der Staatsgewalt und Souveränität hat einem außer ihm liegenden Faktor nachgeben müssen. Die Folge ist eine Schwächung der Autorität der zurzeit herrschenden liberalen Regierung. Da aber von der herrschenden Majorität die Regierungsgewalt in England überhaupt nicht zu trennen ist, so ist zugleich die Staatsautorität in ihrer ganzen Ausdehnung und in ihrem ganzen tiefen Gehalt aufs empfindlichste mißtraut und herabgesetzt.

Die Verhältnisse in England müssen nun unter allen Umständen als Warnung dienen, eine Entwicklung, die zum Parlamentsheer drängen sollte, mit aller Energie und mit Aufgebot aller Kräfte hinauszuhalten. Das englische Heer ist ein Parlamentsheer, das Heer empfängt dort seine militärischen Befehle direkt vom Parlament durch den Mund des Premierministers, nicht vom König, der leichter hat keinen Kommando-gewalt, nur das Parlament ist der Inhaber der obersten Kommandogewalt. In politisch erregten Zeiten und in solchen das ganze Volk aufregenden Fragen wie in der Homerule-Angelegenheit kann es nun vorkommen, dass die beiden das Parlament beherrschenden entgegengesetzten Strömungen auch auf das Offizierkorps Einfluss gewinnen, so dass die Anordnungen des Kabinetts nicht mehr als Anordnungen des Parlaments ansehen, sondern als Anordnungen der gerade regierenden Partei empfunden werden. Das muss dann natürlich Parteikonflikte im Heere hervorrufen und die Folge sind Unbotmäßigkeit und Disziplinwidrigkeiten. Das Heer wird unter solchen Umständen aus einem unpolitischen Objekt ein Instrument parteipolitischer Agitation. Ein solches Heer trägt aber den Keim der Zersetzung in sich, es wird ständig zur Insubordination neigen. Das beweist nicht nur das englische Heer, das sich bis auf diesen Tag von solchen Basissen noch verhältnismässig rein gehalten hat, das beweist noch mehr das französische und vor allem in jüngerer Zeit das türkische Heer, bei dem sich die übler Folgen der Politisierung im Balkan-Kriege auf das allerverderblichste gezeigt haben. Es ist deshalb unter allen Umständen erforderlich, um die so notwendige Schlagnetzigkeit des Heeres zu erhalten, dass es nur einem einheitlichen Kommandowillen untersteht, dem Willen einer Person, die von allen Parteileidenschaften unabhängig und unbeeinflusst ist, die über allen Parteien steht, und die Person kann in wahrhaft monarchischen Staaten nur der Monarch sein. Das Recht der Kommandogewalt muss ein ureigentliches Recht des Monarchen bleiben, denn es ist ein Ausdruck des monarchischen Staatsrechts überhaupt. In einer Abbrükelung dieses Rechtes darf keine bürgerliche Partei die Hand bieten, will sie sich nicht an der Schlagnetzigkeit des Heeres verhindern. Daher ist auch im Reichstag allen Versuchen entgegenzutreten, von Parlaments wegen Einfluss auf militärische Dinge zu gewinnen, die verfassungsgemäß der Zuständigkeit des Parlaments entzogen sind. Es wird immer gewisse militärische Dinge geben, an die die Kompetenz der gegebenen Körperschaften nicht heranreicht. In diesen Gedanken wird das liberale deutsche Bürgertum sich gewöhnen müssen. Es wäre gut, wenn die Vorgänge in Ulster die Erfahrung im deutschen Bürgertum bestätigen würden. Vielleicht kann schon bei den kommenden Debatten über den Militäretat eine günstige Wirkung erzielt werden nach der Richtung, dass Freiheitliche und Zentrum in ihrer Artikulation den militärischen Einrichtungen mehr Wohl und Ziel zeigen als bisher und mit weniger Ausführlichkeit und Breite als

das sonst geschieht. Angelegenheiten des militärischen Dienstes erörtern. Eine Kritik ist nur dann von Nutzen, wenn sie gesund und maschvoll ist. Wie die militärischen Instanzen die Rechte des Reichstags respektieren, so muss auch von den Volksboten erwartet werden, dass sie nicht in Rechte eingreifen, die mit auinem Grunde und für alle Zeiten dem Monarchen, insbesondere im Reiche dem Kaiser vorbehalten sind.

Drahtmeldungen

vom 27. März.

Kaiser Wilhelm im Schloss Miramar.

Triest. Als sich die deutschen Schiffe dem Ankerplatz näherten, begrüßte sie die auf dem österreichisch-ungarischen Schlachtkreuzer "Biribus Unitis" gehabte Flagge des Erzherzogs Franz Ferdinand. Der Erzherzog begab sich in deutscher Admiraluniform an Bord des "Hohenwollern", wo er vom Kaiser in herzlicher Weise empfangen wurde. Beim Schloss Miramar begaben sich der Kaiser und der Erzherzog an Land, wo der Kaiser die Familie des Erzherzogs begrüßte. Sobald gingen der Kaiser und der Erzherzog an Bord des Schlachtkreuzers "Biribus Unitis", das eingehend besichtigt wurde. Um 1 Uhr fand im Schloss ein Treffen statt.

Zur Monarchenbegegnung in Benedict.

Rom. (Priv.-Tel.) "Corriere della Sera" will wissen, ob das hauptsächliche, ja das einzige Thema der Unterredung zwischen dem Deutschen Kaiser und dem König Emanuel in Benedict ist die asiatische Türkei gewesen. Der König habe dem Kaiser zweifellos ausdrücklich erklärt, dass Italien, falls es in Kleinasien überwirtschaftliche Erfolge erzielen wolle, auf die Hilfe Deutschlands angewiesen sei.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Geschäftsordnungsdebatte, die im Anschluss an die Erklärung des Staatssekretärs Tivoli zur Vorlage über

die Konkurrenzklause stattfand, eröffnete Abg. Trimborn (Centr.): Nach den Erklärungen der Regierung beantragt ich die Debatte bis nach den Osterferien zu verlegen. — Abg. Haase (Soz.): Eine neue Situation liegt nicht vor. Wir können die Erklärung der Regierung nicht ohne Antwort ins Land geben lassen. — Abg. Weinschäusen (Sp.): Ausdrücklich ist, dass wir in der tatsächlich neuen Situation den Beteiligten draußen ermächtigen müssen, Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen können doch nicht zu Ende geführt werden, da die Sozialdemokraten die Konkurrenzklause überhaupt verbieten wollen und durch eine neue Erörterung notwendig machen. — Abg. Bassermann (nat.): Es ist unpraktisch, heute eine so wichtige Vorlage auf die Tagesordnung zu legen. (Zehn richtig!) Die weiteren Beratungen kann man nicht abbrechen, und nach vier Wochen wieder aufnehmen. Die Debatte ist deshalb heute zweitlos. — Abg. Krommer (Centr.): Wir müssen heute mit den Interessenten draußen Büfflung nehmen. — Abg. Griebel (Sp.): Die Regierungsvorlage soll nur ins Land gehen, um die Handlungsfähigkeit einzuführen. — Abg. Hoch (Soz.): Alle Gründe für eine Vertagung sind nicht ausreichend. — Abg. Waldstein (Soz.): Die Parteien, die etwas Positives aus der Sache heranziehen wollen, können heute auf Verhandlungen nicht einzutreten. Die Handlungsfähigkeit verbietet sich ihrer Verantwortung bewusst werden, nachdem die Erklärung der Regierung die Sache vollkommen geklärt hat. — Abg. Quandt (Soz.): Den ewigen Kompromisslösungen muss ein Ende gemacht werden. Alle Bündnisse der Handlungsfähigen sind von den Mehrheitsparteien niedergemacht worden. (Große Unruhe.) — Abg. Bassermann (nat.): Die Handlungsfähigkeit werden dieser Debatte entziehen, dass gerade die bürgerlichen Parteien den Entwurf annehmen bringen wollen. Die Ablehnung der Vorlage von der Tagesordnung erfolgte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Danach wurde

Petitionen erledigt. Der Verband der Arbeit-Sparvereine und die Handelskammern zu Flensburg und Siegen fordern Maßnahmen gegen den heimischen Warenhandel. Die Kommission beantragt Übergang zur Tagesordnung, die Konkurrenzüberweisung als Material. — Die Abg. Körber (Centr.), v. Brache (Centr.), Schulenburg (nat.), sprechen für den konkurrenzlichen Antrag, der Abg. Tres (Soz.) dagegen. Der Antrag wird abgelehnt. — Abg. Greberer (Centr.): Wenn in diesem schwach belegten Raum weiter so abgelehnt wird, werde ich die Petitionen förmlich bei den Hauses anzweisen. Bei ordnungsmässiger Belebung würden die Abstimmungen ganz anders ausfallen. Auf solche Abstimmungen wird nach Jahr und Tag Bezug genommen und niemand weiß mehr, wie sie abgestimmt gekommen sind. Die Abstimmungen wenigstens müssen ausreichen werden. — Vizepräsident Tivoli: Vorhin hat das Haus sich gegen ein Aufsichtchen einer Abstimmung ausgesprochen.

SLUB
Wir führen Wissen.